

Hintergrund: Menschenrechte im Tschad

Interview mit Oyamta Baldal Valentin, Koordinator der tschadischen Menschenrechtsliga (LTDH)

Birgit Morgenrath, Rheinisches JournalistInnenbüro (RJB) im Auftrag der AG Tschad

Wie ist die aktuelle Lage der Menschenrechte im Tschad?

Während der ersten Diktatur unter Hissène Habré wurden viele Menschen getötet. In den 90er Jahren hatten wir dann eine Besserung, aber es ist nur noch schlimmer geworden. Menschen werden körperlich verletzt; die privaten Gefängnisse sind nicht verschwunden; die Pressefreiheit wurde im Zuge des Ausnahmezustandes nach den Ereignissen von 2008 eingeschränkt. Durch Zwangsumsiedlungen und Zwangsenteignungen sind elementare Menschenrechte außer Kraft gesetzt, zum Beispiel die Bewegungsfreiheit. Alles wird kontrolliert.

Willkürliche Verhaftungen haben zugenommen, und zwar in allen Stadtbezirken N'Djamenas. In jedem Viertel ist ein Gefängnis, das nicht unbedingt der Justiz untersteht. Manche Häftlinge sitzen dort zwei Wochen oder einen Monat ein, ohne einem Untersuchungsrichter vorgeführt zu werden. Und das ist in den Provinzen noch schlimmer. Da gilt das Gesetz des Dschungels. Man wird festgenommen und ins Gefängnis geworfen ohne jemals verurteilt zu werden. Das ist besonders schlimm in einem Gefängnis in der Wüste, wohin die Leute deportiert werden. Es heißt Kuruturu. Dort gibt es keine Wächter, aber weil es in der Wüste liegt, ist es sinnlos zu fliehen – man würde sterben. Viele Tschader sind dort gelandet wegen kleinlicher Vergehen, weil sie zum Beispiel ihren Ausweis zu Hause vergessen oder Krach mit dem Nachbarn hatten oder weil sie spät abends unterwegs waren. Die Polizei verhaftet die Leute und sie werden in dieses Gefängnis gebracht.

In N'Djamena haben wir außerdem ein neues Phänomen beobachtet: Überfälle auf Privathäuser. Bewaffnete junge Leute nehmen die Bewohner als Geisel, raffen zusammen, was sie gerade wollen, vergewaltigen die Ehefrau, manchmal auch die Kinder und machen sich dann schnell aus dem Staub. Ohne dass die Polizei eingreift. Aber wenn mal demonstriert wird, für die Freiheit, dann sind überall Polizisten, die einen an jeder Kreuzung kontrollieren. Wir leben tatsächlich noch immer im Kriegszustand, seit dem Februar 2008.

Ist die zunehmende Repression ein Zeichen dafür, dass Präsident Idriss Déby sich vor dem eigenen Volk fürchtet?

Es gibt Kräfte, die ihn stützen, die nennen wir „uniformierte Banditen“. Das sind Männer, die sich für ihre Raubzüge Militäruniformen anziehen. Diese Banditen tauchen oft in der Nähe von Kasernen auf, zum Beispiel auf der Straße nach Bakara. Dort kann man zum Beispiel nach 17 Uhr nicht mehr mit dem Moped fahren, es wird einem einfach aus der Hand gerissen. Man sollte keine Kinder mehr auf die Straße lassen. Frauen sollten in den Häusern bleiben, sonst werden sie vergewaltigt. Handys werden einem mit vorgehaltener Waffe weggenommen. Es sind die Polizei und das Militär, die Menschenrechte verletzen. Aber gleichzeitig hat Déby auch große Angst, die Macht zu verlieren. Er ist mit Waffen an die Macht gekommen, er wird auch mit Waffen gehen müssen. Vor allem die Leute in seiner Umgebung

verlieren das Vertrauen in ihn. Seit dem Februar 2008 muss er mit Terror regieren. Jeder Bürger und jede Bürgerin weiß, dass sie im Gefängnis landen und ermordet werden können. Es gibt sehr viele Verhaftungen. Also Déby hat schon Angst. Er weiß auch, dass er keine Anhänger mehr hat, wie er noch nach den Wahlen meinte. Und die Tschader haben seinen Besitz teilweise zerstört und seine Familie angegriffen. Er hat seine Herrschaft ausgeweitet und die Tschader kennen keine Sicherheit mehr. Wer nicht für ihn ist, der ist gegen ihn.

Heißt das, die Parlaments- und Präsidentschafts-Wahlen in diesem Jahr haben die Lage nicht verbessert? Die EU-Wahlbeobachter hatten diesen Wahlen ja bescheinigt, sie seien ordnungsgemäß verlaufen. Dabei haben doch einige Oppositionskräfte die Wahlen boykottiert...

Das ist eine gute Frage. Die Europäische Union hat viel Geld in diese Wahlen gesteckt, darum hat sie kein Interesse, sie heute anzuzweifeln. Das ist eine rein politische Frage. Beginnen wir mit den Parlamentswahlen (am 13. Februar 2011). Die Bürger wurden mit allen möglichen Mitteln mobilisiert, an den Wahlen teilzunehmen. Aber was ist passiert? Man musste einsehen, dass die Bürger diesem Wunsch nicht entsprochen haben, dass sie sich gegen ihre Stimmabgabe entschieden haben. Und schon vor den Wahlen gab es ein großes Durcheinander. In einigen Orten hatten die Leute die Wahllokale blockiert, zum Beispiel in den Regionen Batha und Mayo-Kebbi. In anderen Dörfern, zum Beispiel im Westen, wurde die Wahl annulliert, weil die Bürger sagten: „Wir wollen nicht, dass Ihr unsere Stimmen steht.“ Was die Präsidentschaftswahlen (25. April 2011) betrifft haben sich die Tschader gefragt, wozu sie gut sein sollen. Wenn ihre Stimme ohnehin nicht respektiert wird. Und zudem hatte die Opposition zum Boykott aufgerufen, zum Beispiel General Wadal Abdelkader Kamougue, Saleh Kebzabo, Ngarlely Yorongar. Die EU hat zwar Beobachter geschickt, aber die Wahlbeteiligung bei der Präsidentschaftswahl hat nicht mal 20 Prozent erreicht. Manche Wahllokale blieben den ganzen Tag leer. Die EU kann nicht behaupten, die Wahlen seien gut gelaufen, wo ihre Beobachter nicht mal nicht in allen Landesteilen anwesend waren. Sie haben nur Stichproben gemacht. Aber nach 48 Stunden haben die EU Vertreter schon eine Erklärung abgegeben – nach welchen Kriterien? Unserer Meinung sind die Wahlen schlecht gelaufen. So ein Vorgehen schafft Frustrationen gegenüber der EU. Wir Bürger sind frustriert. Wo sie doch angeblich in unserem Interesse gekommen waren.

Ein Kriterium war ja wohl, dass sich Staat und Verwaltung aus den Vorbereitungen der Wahlen heraus halten?

Ja, davor hatte die EU gewarnt. Aber genau das war der Fall. Ich weiß nicht, ob die EU das einfach nicht sehen wollte, aber vom Minister bis hinunter zum Dorfcchef sind alle bezahlt worden, um in ihren Bezirken für Deby zu werben und um selbst auf den Posten zu bleiben. Sie hatten viele Autos, denn die Dienstwagen werden vom Staat nach zwei Jahren ersetzt und die Funktionäre übernehmen die Wagen dann persönlich. Wir nennen das „Autoreform“. Also manche hatten zwischen fünf und zehn Autos für die Wahlkampagne zur Verfügung. Jeder Amtsträger weiß sowieso, dass er der Partei des Präsidenten angehören muss. Und als Belohnung erhält zum Beispiel ein Kantons-Chef rund 610 Euro. Diese vielen Amtsinhaber haben mehrere Monate nicht gearbeitet, alles für den Machterhalt. Der Mann, der heute Parlamentspräsident ist, wurde aus dem Gefängnis entlassen, um in seinem Dorf anzutreten. Gleichzeitig versucht die Regierung ihr internationales Image

aufzubessern – und die EU hat dabei geholfen: „Wir sind zufrieden, wir haben keine Dienstwagen gesehen.“ Aber all das ist nicht fundiert.

Kommen wir zu einem konkreten Fall einer Menschenrechtsverletzung: Warum wurde ein Aktivist von LTDH, Mahamat Blaise Laounodji, am 6. März 2011 vom Geheimdienst verhaftet?

Das ist ein klarer Fall, wie jemandem die Meinungsfreiheit entzogen wird. Blaise hatte sich mit Freunden privat unterhalten und gesagt: „20 Jahre an der Macht, das ist genug.“ Das war einfach während einer Diskussion mit Kollegen. Aber es hingen auch Plakate an den Häusern mit der Aufschrift: 20 Jahre sind genug. Sie suchten die Leute, die diese Plakate aufgehängt haben. Die Zivilagenten des Geheimdienstes ANS sind überall in den Dörfern. Man kann sie nicht erkennen. Die haben Blaise und andere verhaftet. Wir von der LTDH haben schnell eine Presseerklärung herausgegeben, haben unsere internationale Dachorganisation informiert und unser Präsident hat offiziell beim ANS-Direktor nach den Verhaftungsgründen gefragt. Der sagte, man brauche ihn aus Ermittlungsgründen, man müsse wissen, wer dahinter stecke, weil man die Opposition verdächtige. Aber man darf niemanden wegen eines bloßen Verdachtes inhaftieren ohne jeden Beweis. Das Gesetz verbietet niemandem zu sagen, was er denkt. Und Blaise ist noch immer im Gefängnis. Er hat sich auch geweigert, mit den Sicherheitskräften zu „kooperieren“.

Außerdem wurden noch rund 20 Studierende verhaftet. Diesen Fall verfolgt eine Schwesterorganisation von uns. Sie wurden zwar dem Staatsanwalt vorgeführt, der hat sie angehört, aber auch sie sind immer noch im Gefängnis.

Wie steht es um Ibni Oumar Mahamat Saleh, den Oppositionspolitiker, der seit dem Putschversuch gegen Deby im Februar 2008 spurlos verschwunden ist?

In dieser Sache hat sich nichts bewegt, trotz des großen internationalen Drucks und obwohl seine Familie die Herausgabe seines Leichnams gefordert hat, weil sie heute davon ausgehen muss, dass er nicht mehr lebt. Es gab viele Demonstrationen und dann sollte ein Marsch vor den Gerichtshof und zu den ausländischen Botschaften stattfinden. Aber der wurde verboten. Die Leiche von Ibni ist bisher nicht aufgetaucht. Die Untersuchungskommission [die nach dem gewaltsam niedergeschlagenen Putschversuch 2008 eingerichtet wurde, um die Vorfälle zu untersuchen] hat ihre Arbeit immer noch nicht abgeschlossen, es wurden noch nicht alle Parteien angehört, zum Beispiel die Justiz. Einige Kommissionsmitglieder wurden vom Minister für Menschenrechte empfangen. Seitdem behauptet die Justiz, sie habe ihre Arbeiten aufgenommen, aber alles ist unklar. Und dann hieß es, wieso man sich so sehr um Ibni bemühe, es seien doch viele Menschen im Tschad verschwunden. Aber Ibni war ein Politiker, ein integrierter Mensch, den die Leute im Tschad anhörten und der sich bestimmt zu den Wahlen geäußert hätte. Die Mächtigen spielen auf Zeit. Auch die internationalen Proteste werden abebben. Der Präsident der LTDH wurde von 18 Jahren ermordet und heute weiß man, dass sein Wagen am Präsidentenpalast gefunden wurde. Man kennt die Täter, aber die sind nicht beunruhigt. Zeit gewinnen das ist auch die Strategie im Falle von Ibni.

Welche Rolle haben die Revolten in Nordafrika für die politische Entwicklung im Tschad und für die Opposition gespielt?

Ja, das Ganze muss man in dem Zusammenhang sehen. Der Staat hat sehr genau verfolgt, was da passiert ist, in Tunesien und Ägypten und uns hat das etwas Luft zum Atmen gegeben. Die größten Diktatoren mussten dem Druck der Straße weichen. Das bedeute, auch wir können noch etwas gewinnen, in einem gewaltlosen, friedlichen Kampf.

Auch die Entwicklungen im Süd-Sudan haben dazu beigetragen, dass die Sicherheitskräfte hier bei uns sich wappnen. Dazu haben sich einige Tschader geäußert und gesagt: Vorsicht! Der Tschad war eines der ersten afrikanischen Länder, die gegen die Unabhängigkeit des Süd Sudan waren. Warum? Weil wir auch einen Süden haben, unser Reichtum kommt auch aus dem Süden, dort ist die landwirtschaftlich wichtige Region, dort ist die „Lunge“ des Landes. Die Unabhängigkeit hatte positive und negative Auswirkungen auf den Tschad: positiv, weil sie sehen, was man mit friedlichen Mitteln erreichen kann, negativ, weil wir noch mehr unterdrückt werden.

Schließlich möchte ich noch Libyen erwähnen, denn 500 000 Tschader haben dort gelebt und nun sind 200 000 zurückgekommen und zwar in den Norden des Landes, wo die Staatsmacht wenig Einfluss hat. Sie hat jetzt Soldaten dorthin geschickt, um angeblich die Sicherheit an den Grenzen zu gewährleisten. Das ist ein großes Problem, weil es eine quasi rechtlose Region ist, wo Drogen und Waffen geschmuggelt werden und die Al Quaida des Maghreb aktiv ist. Das nutzt Déby als Argument, um die Menschen noch mehr zu unterdrücken.

Ex-Machthaber und Diktator Hissène Habré ist immer noch frei – elf Jahre seit der ersten Anklage. Im Februar entschied Senegal sich endgültig gegen die Eröffnung eines Verfahrens. Dann sollte ihm in Belgien der Prozess gemacht werden und die Rechtsanwältin Jacqueline Moudeina hat den Alternativen Nobelpreis erhalten. Das ist eine Erfolgsgeschichte, aber bisher leider ohne Ergebnis.

Aber das wird weitergehen, ob man will oder nicht, das wird sich weiterentwickeln, davon bin ich überzeugt. Weil ohne die Aktivitäten der Zivilgesellschaft und der Menschenrechtsorganisationen würde heute niemand über Hissène Habré sprechen. Weil nämlich alle, die jetzt an der Macht sind, seine Komplizen waren, sie haben mit ihm zusammen gearbeitet, sie haben ihm geholfen Tausende Tschader zu ermorden und sie sind immer noch an der Macht. Aus ihrer Sicht haben sie kein Interesse daran, die Sache voranzutreiben. Wir werden Bewegung reinbringen, auch wenn es sehr langsam vorangeht. Das Problem ist, dass die noch lebenden Opfer immer weniger werden, weil sie sterben. Aber Jacqueline Moudeina macht weiter und der Preis gibt ihr ein wenig Kraft dafür. Wir möchten, dass Hissène Habré in Belgien vor Gericht gestellt wird. Er wurde zwar hier im Tschad am 15. August 2008 vom Strafgerichtshof in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Aber wenn er hierhin käme, würde er verhaftet und ins Gefängnis gesteckt, aber es gäbe keinen ordentlichen Prozess, der alles aufdecken würde. Aber genau das wollen wir: Die Opfer müssen wissen, was geschehen ist.

2008 begann das Regime Déby, Bewohner in verschiedenen Stadtvierteln der Hauptstadt N'Djaména aus ihren Häusern zu vertreiben. Seitdem ist es immer wieder zu solchen gewaltsamen Enteignungen gekommen – was steckt dahinter?

Schon im Jahr 2005 gab es Pläne für den Bau einer Nationalbibliothek und verschiedener Museen. Die sollten mit den Einnahmen aus dem Öl bezahlt werden. Das war der Anfang. Sofort bildeten sich Krisen-Komitees der Bewohner, die das unterbinden wollten, denn im Tschad hatte der Staat nie Bauland erschlossen. Das haben immer die Menschen selbst übernommen. Sie haben die Straßen gebaut und Wasserleitungen verlegt und jetzt kamen die Behörden, um sie zu verjagen. „Genug ist genug“ sagten sich die Leute. Wir wohnen hier schon viele Jahre, der Staat hat uns bei nichts geholfen; es gibt überhaupt keinen Grund, uns zu enteignen. Aber die Staatsmacht behauptet, sie brauche das Land für öffentliche Nutzung. Das ist nach dem Gesetz erlaubt. Aber nur unter der Bedingung, dass das Gesetz befolgt wird. Dann heißt es, die Bewohner hätten öffentlichen Raum besetzt, aber tatsächlich wurden ihnen die Grundstücke von korrupten Beamten verkauft, also von staatlichen Diensten mit allem Drum und dran: Pläne, Dokumente, Gebühren. Die Leute haben dafür bezahlt... Die Käufer konnten die Korruption nicht durchschauen, denn sie kennen den Landkauf aus den ländlichen Gebieten, wo die traditionellen Chiefs das Land verkaufen. Nach einem Gesetz z.B. das Land zehn Kilometer rund um N'Djamena. Dieses Land wird dann auch vom Staat mit Infrastruktur versehen. Und dann gibt es noch eine weitere Gruppe von Zwangsumgesiedelten. Das sind Menschen, die in den Flussbetten leben. Nach dem Gesetz dürfen sie nur bis 200 Meter ans Ufer heran, da muss eine besondere Lösung gefunden werden.

Nach dem Gesetz muss vor der Enteignung eine angemessene Entschädigung gezahlt werden. Schließlich hat man ja investiert. Haus und Grundstück müssen also geschätzt werden. Wenn der Eigentümer damit nicht einverstanden ist, kann er ein Gegen-Gutachten erstellen lassen, man schaut, ob der Preis fair ist. Der Staat zahlt den Betrag und damit kann man sich eine neue, womit man sich eine neue Unterkunft und erst dann wird das alte Haus zerstört. Aber so läuft das derzeit eben nicht. Man kommt von der Arbeit nach Hause und findet gemalte Kreuze an den Mauern und das heißt, man muss das Haus in zwei Tagen verlassen. Was machen Sie dann?? Ganze Familien werden einfach an die Luft gesetzt und finden sich auf der Straße wieder. Die haben vielleicht sogar eine Entschädigung erhalten, aber eine unangemessene. Denn viele haben das Zwanzigfache des Wertes bezahlt, wegen der Korruption. So läuft das im Tschad, die Vertriebenen sind völlig rechtlos. Der Staat müsste den Mut haben, zu sagen: Sie sind durch meine Beamte betrogen worden, also finden wir jetzt eine humane und soziale Lösung, aber das gibt es nicht im Tschad. Viele Familien müssen wieder bei Null anfangen. Dabei sind im Tschad Zement und alle anderen Baumaterialien extrem teuer. Also leben viele Vertriebene heute in Zelten. Andere haben keinen anderen Ausweg gesehen, als in ihre Dörfer zurückzukehren.

Das bedeutet, dass das Regime die eigene Bevölkerung völlig missachtet und allein lässt?

Die Zwangsvertreibungen haben vor allem seit dem Ausnahmezustand im Februar 2008 stark zugenommen. Denn seitdem sind Versammlungen verboten, es gibt keine sozialen Kräfte mehr, die sich organisieren, die Widerstand leisten, demonstrieren oder blockieren. Und heute kommen alle Agenten des Staates mit Soldaten. Und sie räumen einfach die Häuser. Man ist in seinen Häusern gefangen, sie kommen, beschuldigen die Leute einer Straftat, sie hätten sich wild angesiedelt, nennen ein Datum und bis dahin muss man verschwunden sein. Dabei sind viele Leute vor Gericht gezogen um die Vertreibung zu verhindern. Und sie haben sogar Recht

bekommen und die Prozesse gewonnen. Die Gerichte haben den Bürgermeistern verboten, zu räumen, bevor nicht die Entschädigung gezahlt ist. Aber diese Urteile sind nie umgesetzt worden! Der Staat ist weit davon entfernt, die Justiz dabei zu unterstützen, die Gesetze zu befolgen und anzuwenden. Also heute gibt es Leute, die warten in ihren Häusern auf die staatlichen Vertreter und sind bereit zu sterben. Manche reagieren so. Es sind auch schon viele gestorben, zum Beispiel durch einen Herzanfall oder Herzversagen. Weil sie keinen Ausweg gesehen haben, nicht wissen wohin, und die ganze Familie landet dann buchstäblich auf der Straße. Wenn dich niemand abholt und dich und die Kinder bei sich aufnimmt, bleibst du auf der Straße. Die Kinder gehen nicht mehr in die Schule. Dieses Schicksal hat viele Menschen in den letzten Jahren in N'Djamena getroffen.

Warum geht das Regime so vor? Gibt es einen Grund für die Eile?

Nein, das geschieht alles ohne Not. Die geräumten Häuser stehen seit fünf, sechs Jahren leer. Da ist nichts passiert. Es gab keine Dringlichkeit. Wir denken, hinter diesem Vorgehen steckt Rache. Der Putschversuch 2008 ist ja auch von der internationalen Presse, z.B. France 24, mit großer Aufmerksamkeit verfolgt worden und man hat den Rebellen applaudiert. Und in den meisten Quartieren, die jetzt geräumt wurden, haben die Rebellen gewohnt. Also das ist ein reiner Rachakt. Wir haben keinen verantwortungsbewussten Staat, wirklich nicht.

Sie sind auf Rundreise in Deutschland – wen wollen sie treffen und warum?

In Deutschland treffe ich unsere Partnerorganisationen zum gegenseitigen mündlichen Austausch, sowie Gruppen aus der Zivilgesellschaft, auch um herauszufinden wie wir weiter kooperieren und neue Partner finden können. Was die Politiker betrifft, wissen sie nicht viel über den Tschad. Heute sagt man, das laufe alles über die EU, die Kommission, aber wir haben doch auch Frankreich, das sich direkt engagiert. Darum will ich den Politikern aus erster Hand über die Verhältnisse im Tschad zu berichten. Über die Lage der Menschenrechte, die politische und wirtschaftliche Lage und auch ihre Unterstützung einfordern. Denn die deutsche Politik äußert sich gar nicht oder nur sehr zurückhaltend zum Tschad. Man sagt uns, wir seien doch jetzt ein Ölland und hätten finanzielle Mittel. Aber das entspricht ja nicht den Realitäten. Der Staat zerfällt. Der Tschad ist kein Rechtsstaat und keine Demokratie, sondern eine Diktatur. Die Menschenrechte werden mit Füßen getreten. Die Rechte zu leben, zu wohnen, die Bewegungs- und die Meinungsfreiheit existieren nicht. Und das nimmt die deutsche Politik nicht zur Kenntnis. Also muss ich darüber aufklären. Es ist wahr, deutsche Politiker sollten keine direkte Intervention fordern. Sie müssen ja die Politik der EU respektieren, aber man kann trotzdem eine eigene Politik verfolgen, sich klar zu den Verhältnissen äußern und feste Positionen vertreten. Das erwarten wir. Denn das war in der deutschen Politik bisher nicht der Fall. Wir haben ja sogar eine historische Beziehung zu Deutschland. Daran muss man sie immer erinnern. Deutschland kann ja auch nicht investieren in ein Land ohne jegliche politische Transparenz, mit einer Kultur der Straflosigkeit und einer Korruption, die den Tschad zum Champion in dieser Disziplin gemacht hat.